



Amtsblatt

des Landkreises Altötting

2018

Freitag, 02. März 2018

Nr. 6

Inhalt

Bekanntmachung der Sparkasse Altötting-Mühldorf

Beteiligungsbericht 2016 des Landkreises Altötting

Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern, Töging a.Inn;
ZWECKVEREINBARUNG mit der Großen Kreisstadt Traunstein

Schulverband Hauptschule Winhöring-Pleiskirchen;
Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018

Bekanntmachung der Sparkasse Altötting-Mühldorf

Das verlorene gegangene Sparkassenbuch der Sparkasse Altötting-Mühldorf

Nr. 3405032156

lautend auf

Edwin Rothmaier, geb. 20.11.1956
Kirchweg 2
84571 Reischach

wird für kraftlos erklärt.

Altötting, 20.02.2018

Nr. 42

Beteiligungsbericht 2016 des Landkreises Altötting

Der Beteiligungsbericht 2016 des Landkreises Altötting liegt gem. Art. 82 Abs. 3 Satz 5 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) im Landratsamt Altötting, Zimmer 3.10, während der allgemeinen Dienststunden öffentlich auf.

Altötting, den 27.02.2018

Erwin Schneider
Landratsamt

Nr. 31 – Az. 1403.6/2

Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern, Töging a.Inn;
ZWECKVEREINBARUNG mit der Großen Kreisstadt Traunstein

I.

Zwischen dem Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern und der Großen Kreisstadt Traunstein wurde ein Zweckvereinbarung nach Art. 7 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit – KommZG – abgeschlossen, die aufgrund des Übergangs von Befugnissen genehmigungs- und bekanntmachungspflichtig ist.

Diese Zweckvereinbarung wird gemäß Art. 13 Abs. 1 Satz 1 KommZG nachfolgend amtlich bekannt gemacht:

II.

Zweckvereinbarung

zwischen dem

Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern

Werkstraße 1, 84513 Töging a.Inn,

vertreten durch die Verbandsvorsitzende Pamela Kruppa
(nachfolgend Zweckverband genannt)

und

der Großen Kreisstadt Traunstein,

Landkreis Traunstein,

Regierungsbezirk Oberbayern,

vertreten durch den Oberbürgermeister Christian Kegel

(nachfolgend Gemeinde genannt) Aufgrund von Art. 1 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1, Art. 2 Abs. 1 und Art. 7 ff des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit -KommZG- in der jeweils gültigen Fassung, in Verbindung mit § 6 der Verbandssatzung – VS – vom 7. Mai 2007, zuletzt geändert durch Satzung vom 30. November 2017, schließen die oben genannten Körperschaften folgende

Zweckvereinbarung

zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen

**im Rahmen der gemeindlichen Verfolgung und Ahndung von
Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes**

§ 1

Grundsatz

(1) ¹Nach § 88 Abs. 3 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) ist auch eine Gemeinde in dem dort genannten Umfang (Nrn. 1 bis 4) zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG). ²Nach § 88 Abs. 3 Satz 2 ZustV ist eine Gemeinde auch für die weitere Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 StVG zuständig (Bußgeldstelle), soweit sie diese Zuständigkeiten tatsächlich wahrnimmt.

(2) Nach § 4 Abs. 1 VS führt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder die in Abs. 1 beschriebenen Aufgaben im gleichen Umfang durch.

(3) Für beide Körperschaften erfolgt die Verkehrsüberwachung im übertragenen Wirkungsbereich nach Maßgabe der für die Polizei geltenden Vorschriften.

(4) Ort, Zeit und Umfang der Überwachung bestimmen sich nach der jeweiligen Vereinbarung mit dem örtlich zuständigen Polizeipräsidium und der örtlich zuständigen Polizeidienststelle (Nr. 1.3 IMBek vom 12. Mai 2006, AIIIMBI S. 161).

§ 2

Übertragung von Aufgaben und Befugnissen, Ausnahmen

(1) Die Gemeinde überträgt und der Zweckverband übernimmt die Zuständigkeiten nach **§ 88 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 und Satz 2** ZustV im Rahmen der gemeindlichen Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 StVG im nachfolgenden vom Gemeinderat beschlossenen Umfang:

- Verfolgung von Verstößen gegen die Vorschriften über die zulässige Geschwindigkeit von Fahrzeugen und weitere Verfolgung und Ahndung der dabei festgestellten Ordnungswidrigkeiten (Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und Bußgeldstelle nach Abs. 3 Satz 2)

(2) Die Gemeinde überträgt und der Zweckverband übernimmt dabei im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde auch alle notwendigen hoheitlichen Befugnisse bei der Durchführung des in Abs. 1 genannten Übertragungsumfanges.

(3) ¹Unbeschadet der Abs. 1 und 2 schließt die Gemeinde die grundsätzliche Vereinbarung nach § 1 Abs. 4. ²Die Gemeinde entscheidet darüber hinaus in **eigener Zuständigkeit** über den tatsächlichen örtlichen und zeitlichen Umfang der Mess- und Überwachungstätigkeit sowie dessen Änderungen; sie ist dabei an keine Vorgaben gebunden. ³Sie kann jederzeit die Überwachung aussetzen und bei Bedarf wieder aufnehmen. ⁴Die hierfür notwendigen Erklärungen bedürfen der Schriftform. ⁵Für die überwachungsfreie Zeit fallen keine Kosten an.

(4) ¹Die **Allgemeine Meldepflicht** nach Nr. 1.16.1 der IMBek vom 12. Mai 2006 obliegt der Gemeinde. ²Gleiches gilt für die **jährliche Meldepflicht** nach Nr. 1.16.2 IMBek; sie erhält hierzu jährlich bis zum 20. Februar eine den Anforderungen entsprechende Übersicht. ³**Die amtliche Bekanntmachung nach Nr. 1.16.3 IMBek ist zu beachten!**

§ 3

Personal

(1) Beide Vertragspartner vereinbaren, dass Bedienstete des Zweckverbandes zeitanteilig im Rahmen der Übertragung der Aufgaben in der Gemeinde tätig werden.

(2) ¹Das dafür benötigte Personal wird vom Zweckverband angestellt. ²Die personalrechtlichen Entscheidungen trifft der Zweckverband.

§ 4

Kosten

(1) Die Gemeinde entrichtet im Rahmen der Aufgabenübertragung für die tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen die **besonderen Entgelte nach § 27 Abs. 2 und 3 VS** in der jeweils gültigen Fassung.

(2) ¹Die Fälligkeit der besonderen Entgelte ergibt sich aus § 27 Abs. 5 VS. ²Mit Ablauf der Geltungsdauer dieser Zweckvereinbarung (§§ 6 und 9 Abs. 1) und Abschluss aller Verfahren erhält die Gemeinde eine Gesamtübersicht (Gesamtbescheid) über Leistungen und Entgelte. ³Eventuelle Mehr- oder Minderzahlungen werden auf Grund der Gesamtübersicht nach Satz 2 innerhalb von vier Wochen nach Zugang des Gesamtbescheides zur Zahlung fällig bzw. erstattet.

§ 5

Verteilung der Verwarnungs- und Bußgelder

(1) Die Einnahmen aus der Festsetzung von Verwarnungsgeldern und Bußgeldern durch den Zweckverband stehen ausschließlich der Gemeinde zu, in deren Gebiet die Ordnungswidrigkeit festgestellt wurde, soweit im Rahmen der nach § 2 Abs. 1 und 2 übertragenen Aufgaben der Zweckverband auch Ahndungsbehörde (Bußgeldstelle) ist.

(2) ¹Die Gemeinde erhält vom Zweckverband monatlich eine Aufstellung über die festgesetzten Verwarnungsgelder und Bußgelder und deren Eingänge. ²Eingegangene Verwarnungsgelder und Bußgelder werden monatlich an die Gemeinde überwiesen.

(3) ¹Mit Ablauf der Geltungsdauer dieser Zweckvereinbarung (§§ 6 und 9 Abs. 1) und Abschluss aller Verfahren erhält die Gemeinde eine Gesamtübersicht über die Festsetzungen und deren Eingänge. ²Gleichzeitig erfolgt der Kontoausgleich mit der Gemeinde.

§ 6

Geltungsdauer der Zweckvereinbarung, Kündigung

(1) ¹Gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 VS können die Leistungen des Zweckverbandes **längstens für zwei Jahre** im Rahmen einer Zweckvereinbarung in Anspruch genommen werden. ²Die Geltungsdauer dieser Zweckvereinbarung beträgt daher ebenfalls **längstens zwei Jahre, mindestens jedoch ein Jahr, ab Wirksamwerden**. ³Die tatsächliche Geltungsdauer ist daher durch den Gemeinderat (Art. 32 Abs. 2 Nr. 1 GO) zu beschließen. ⁴Für den Fall, dass vor Ablauf der Geltungsdauer der laufenden Zweckvereinbarung dem Zweckverband ein entsprechender Beitrittsbeschluss (Antrag auf Mitgliedschaft) der Gemeinde bereits vorliegt, verlängert sich die Geltungsdauer dieser Zweckvereinbarung bis zum In-Kraft-Treten der notwendigen Änderung der Verbandssatzung (§ 6 Abs. 3 Satz 3 VS).

(2) ¹Eine zunächst auf zwei Jahre abgeschlossene Zweckvereinbarung kann jedoch unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende des ersten Laufjahres gekündigt werden. ²Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.

(3) ¹Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. ²Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 7

Änderung des Übertragungsumfanges

¹Jede Änderung des Übertragungsumfanges nach § 2 Abs. 1 und 2 bedarf des Abschlusses einer neuen Zweckvereinbarung. ²Der Neuabschluss hat keine Auswirkungen auf die ursprüngliche Geltungsdauer nach § 6 Abs. 1 Satz 3.

§ 8

Streitigkeiten und Schlichtung

Bei Streitigkeiten über Rechte und Pflichten der an dieser Zweckvereinbarung beteiligten Körperschaften soll die Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes angerufen werden.

§ 9

Inkrafttreten

¹Diese Zweckvereinbarung wird am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Aufsichtsbehörde wirksam. ²Sie gilt **ein Jahr**.

(1) Die Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes übermittelt dem Zweckverband und der Gemeinde sowie deren Aufsichtsbehörde das entsprechende Amtsblatt bzw. einen Auszug davon.

Tögging a.Inn, den 14. Februar 2018
für den Zweckverband

Traunstein, den 19. Februar 2018
für die Große Kreisstadt Traunstein

gez.....
Pamela Kruppa
Verbandsvorsitzende

gez.....
Christian Kegel
Oberbürgermeister

Siegel

Siegel

III.

Die dieser amtlichen Bekanntmachung zugrunde liegende Zweckvereinbarung wurde vom Landratsamt Altötting als der nach Art. 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 2 KommZG zuständigen Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes mit Bescheid vom 7. Februar 2018 Nr. 31-1403.6/2 gemäß Art. 12 Abs. 2 Satz 1 KommZG rechtsaufsichtlich genehmigt.

Altötting, 28. Februar 2018
Landratsamt Altötting

Nr. 31 - Az. 941.4

**Schulverband Hauptschule Winhöring-Pleiskirchen;
Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018**

Im Vollzug des § 9 Abs. 9 BaySchFG wird nachstehend die Haushaltssatzung dieses Schulverbandes gemäß Art. 24 Abs. 1 Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) amtlich bekannt gemacht:

**Haushaltssatzung des Schulverbandes
Hauptschule Winhöring-Pleiskirchen
für das Haushaltsjahr 2018**

Aufgrund der Art. 9 Abs. 7 und 9 BaySchFG, Art. 40 Abs. 1 KommZG in Verbindung mit Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt der Schulverband Hauptschule Winhöring-Pleiskirchen folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt;
er schließt ab

- im **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit **316.000 €**
- im **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit **40.000 €**

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind **nicht** vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden **nicht** festgesetzt.

§ 4

1. **Verwaltungsumlage**

Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarfs (Umlagesoll) zur Finanzierung von Ausgaben im **Verwaltungshaushalt** wird auf **179.800 €** festgesetzt und nach der Zahl der Verbandsschüler auf die Mitglieder des Schulverbandes umgelegt (Verwaltungsumlage).

Für die Berechnung der Verwaltungsumlage wird die maßgebende Schülerzahl nach dem Stand vom **1. Oktober 2017** auf **93 Verbandsschüler** festgesetzt.

Die Verwaltungsumlage beträgt somit je Verbandsschüler 1.933,33 €.

2. Eine **Investitionsumlage** wird **nicht** erhoben.

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht beansprucht.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht aufgenommen.

§ 7

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Schulverband Hauptschule Winhöring-Pleiskirchen
Winhöring, 1. Februar 2018

gez.
Karl Brandmüller
Schulverbandsvorsitzender

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan liegen in der Geschäftsstelle des Schulverbandes während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.

Altötting, 22. Februar 2018
Landratsamt Altötting

Landratsamt Altötting
Erwin Schneider
Landrat
